

KÖLN OST



INHALT

S. 35 Keine Sperrfläche an Schule: Laut Verwaltung behindern abgestellte Fahrzeuge den Verkehr nicht.

S. 36 Aktiv im Veedel: Ulla Ueberreiter-Michovius (74) gründete 2001 den Verein "Zeit mit Kindern".

Der "Düxer Bock" hat einen Schal: Strick-Projekt des Bürgerzentrums bekommt viel Lob.

"Ich will das vor den Wahlen geklärt haben"

Streit um Zukunft der Egonstraße geht weiter – Mieterinitiative fordert Grundsatzbeschluss

Von DOMINIC RÖLTGEN

STAMMHEIM. Für die Bewohner der Barackensiedlung entlang der Egonstraße geht der Kampf um den Erhalt ihrer Wohnungen weiter. Obwohl Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs bereits klargestellt hatte, dass es einen weiteren Abriss leerstehender Baracken nicht geben soll, fordert die Mieterinitiative "MI Egonstraße" von der Stadt in einem Antrag an den Petitionsausschuss "Grundsatzbeschluss" des Rates, in dem sie die Zukunft ihrer Siedlung gesichert haben möchte.

Nachdem jedoch der Antrag bereits zweimal beim Petitionsausschuss nicht behandelt worden war, hat die Mieterinitiative nun erneut ein Schreiben mit der Überschrift "Nicht mit uns..." veröffentlicht, in dem sie nochmals auf ihre Belange und mündliche Versprechen vonseiten der Politik pocht. In dem Grundsatzbeschluss fordern die Mitglieder den Rat der Stadt auf, dass das Liegenschaftsamt beauftragt werde, "jedes leergezogene

Anzeige

BESTATTUNGSHAUS JEAN HERWEG

In Dellbrück seit 1860

Wir sind gerne für Sie ERREICHBAR. JEDEN TAG, JEDERZEIT — ANRUF GENÜGT:

TELEFON (0221) 968 45 40

Dellbrücker HAUPTSTRASSE 152



Um den Abriss der Baracke Egonstraße 36 zu verhindern, wurde sie im vergangenen Jahr kurzerhand besetzt. (Fotos: Himstedt)

Haus in der Egonstraße in- vergangenen Jahres vonseiten besuchte er die Siedlung, um Hans-Jürgen Oster, weitergestand zu setzen und umgehend zu vermieten" und dass das Dauerwohnrecht der Mieter zu bestätigen sei. Zudem wollen sie die Einrichtung eines und um die Wohnbaracke her-Arbeitskreises aus Bewoh- um mit Verpflegung und kölnern, Verwaltung und Politik. Dieser soll dann klären, wie die Egonstraße an die Mieter der Siedlung übergeben werden könne. Darüber hinaus fordern sie die Freigabe eines der zurzeit leerstehenden Häuser, "damit dort ein Mietertreff ein-

Bisheriger Höhepunkt des Streits zwischen Bewohnern der Siedlung – unterstützt von der "Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim" (SSM) - und der Stadt war die spontane "Inobhutnahme" der Baracke Egonstraße 36 am Elften im Elften reicht werden. Anschließend ter des Bürgeramtes Mülheim, stellen konnte. Da kann man nend geht es nicht anders.

gerichtet werden kann".

der Initiative und der SSM. Die Protestler feierten an dem Montag ihre ganz persönliche Sessionseröffnung, als sie in scher Musik den Abriss jener verhindern wollten.

Initiative wartet auf schriftliche Bestätigung

Dank des kurzfristigen Eingreifens durch Bezirksbürgermeister Fuchs, der sich, obwohl auf Dienstreise befindend, per Telefon an den Vermittlungsgesprächen beteiligt hatte, konnte dieses kurzfristige Ziel der Initiative tatsächlich ersich von der Situation vor Ort selbst einen Überblick zu verschaffen. Dieser Einsatz wurde von den Mitgliedern der Initiative durchaus mit Wohlwollen

Allerdings sei von dem anfänglich starken Engagement rig geblieben, wie Susanne Tobi kritisiert. "Die Aussage, dass nicht weiter abgerissen werde, ist zwar schön und nach unse-Vorstellungen, schwarz auf weiß haben wir bis heute nichts", ärgert sich die Sprecherin der Initiative.

sei sie von Fuchs lediglich da-

leitet worden sei.

Die Initiative vermutet, dass das Thema von der Politik bis nach den Kommunalwahlen im Mai verschleppt werden soll. Das würde laut Tobi auch erklären, warum ihr Antrag an den Petitionsausschuss bereits kurz darauf nicht mehr viel üb- zweimal nicht behandelt wurde. Der nächste Termin ist nun erst im April. "Wir befürchten, dass die Siedlung billig an Investoren verkauft werden soll und diese dann die Wohnungen teuer weiterverkaufen werden", so Tobi. Die Stadt weigere sich, die Baracken zu sa-In einem Telefonat Wochen nieren, da sie angeblich wirtnach dem verhinderten Abriss schaftlich nicht tragbar seien. "Dabei sind die Häuser nicht rauf hingewiesen worden, dass marode, wie auch Herr Fuchs das Thema von ihm an den Lei- während seines Besuches fest-

durchaus etwas draus machen", ist sich Tobi sicher.

Was sie vor allem nicht verstehen könne, sei die anfängliche Überlegung der Stadt, die Siedlung nach und nach platt zu machen. "Es geht doch um Altersarmut und bezahlbaren Wohnraum. Wie kann man da überhaupt in Erwägung ziehen, Wohnungen platt zu machen", wundert sich Tobi. Für kommende Woche hat die Sprecherin, die seit 15 Jahren in der Siedlung lebt, einen Termin mit Fuchs vereinbart, um das Thema erneut auf den Tisch zu bringen. "Ich will das auf jeden Fall noch vor den Wahlen geklärt haben", zeigt sie sich entschlossen. "Normalerweise bin ich niemand, der Druck ausübt. Aber anschei-

INTERVIEW



Von einigen Kräften nicht gut beraten

Fuchs hat sich seit dem verhinderten Abriss der Wohnbaracke 36 mehrmals für das Thema stark gemacht. Mit ihm sprach Dominic Röltgen.

Können Sie bereits sagen, ob das Thema "Wohnsiedlung Egonstraße" in der kommenden BV-Sitzung behandelt wird?

Die Eingabe zum Erhalt der Siedlung Egonstraße steht nicht auf der Tagesordnung. Wie bekannt, prüft die Verwaltung diese Eingabe zurzeit. Ist das abgeschlossen, wird die Bezirksvertretung eine entsprechende Vorlage erhalten, um über diese Eingabe zu beraten.

Bezirksbürgermeister Norbert Welche Erfolgsaussichten messen Sie der Petition der Mieterinitiative bei?

Die Intention der Petition und das Anliegen der Bewohner sind für mich nachvollziehbar, einzelne Forderungen zu dem Grundsatzbeschluss des Rates dagegen nicht. Ein Beispiel: So wird gefordert, das Liegenschaftsamt zu beauftragen, jedes leer stehende Haus in der Egonstra-Be instand zu setzen und umgehend zu vermieten. Nach den bisherigen Ausführungen der Verwaltung sind die Instandsetzungskosten aber so hoch, dass sie durch Mietzahlungen gar nicht zu decken wären. Wenn

wir uns auch Zahlen vorlegen lassen, hätte der Rat große Probleme, so etwas zu beschließen, denn er ist gesetzlich zu wirtschaftlichem Handeln und dem wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeldern verpflichtet.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der Initiative, jetzt erneut mit einer Petition vorzusprechen? Vor allem im Hinblick darauf, dass Sie das Thema gerne etwas mehr hinter den Kulissen geregelt hätten.

Īch habe Gespräche mit den Bewohnern geführt und werde mich mit den Bewohnern wieder treffen. Wie gesagt, verstehe ich das stimmt, und dazu werden das Anliegen der Bewohner gut.

Aber der Status Quo ist gesichert und die Verwaltung ist beauftragt, uns alle rechtlichen Aspekte vorzulegen. Das möchte ich umfassend geprüft haben. So ist es auf einem guten und vernünftigen Weg, was nichts damit zu tun hat, dass man etwas hinter den Kulissen regeln möchte. Ich finde aber, dass die ge nicht gekündigt werden. Der Bewohner von einigen Kräften nicht gut beraten sind. Einige in eingehenden Prüfungen eine Lö-Mülheim gut bekannte Akteure benutzen die Bewohner, um ihr eigenes kommunalpolitisches Süppchen zu kochen.

– verhinderten Abriss der Wohnbaracke Egonstraße 36 haben

Sie sich immer wieder stark für das Thema engagiert. Wie sähe Ihre Wunschlösung aus?

Ganz kurze Antwort: Die erste Wunschlösung ist erreicht: Ich denke, es ist sichergestellt, dass alle Bewohner der Egonstraße ihre Häuser auf Dauer bewohnen können und die Mietvertränächste Wunsch ist, dass nach sung gefunden wird, wie zum Beispiel, dass Bewohner der Egonstraße ihre Häuser vielleicht kaufen können.

Seit dem – durch Ihr Einschalten Sie und die Anwohner haben das Vorgehen der Verwaltung kritisiert. Wie können solche Strei-

tereien verhindert werden?

Konflikte wird es bei vielen kommunalpolitischen Themen immer wieder geben. Um Eskalationen wie hier zu vermeiden, halte ich auf Seiten der Verwaltung größtmögliche Transparenz für wichtig, denn nur so können Menschen Entscheidungen nachvollziehen. Bei schwierigen Entscheidungen muss man auch manchmal ein Gespräch mehr führen. Auf der anderen Seite wünsche ich mir von den Bürgern ein respektvolles Verhalten gegenüber Verwaltung und Politik, wenn Entscheidungen anders fallen müssen, als man sie sich gewünscht hat.



Eine Unternehmung der Montag & Rappenhöner GmbH



Am Alten Pastorat 44 51465 Berg. Gladbach Tel. 02202 - 189250



www.mora-bad.de